

6
und vor allem billiger gewesen als das stetige und weitere Aushöhlen des Euro-Vertragswerks bis zu dessen Unglaubwürdigkeit, wobei nebenbei noch Milliarden an den Finanzmärkten geopfert wurden.

Da der politische Prozeß ganz im Gegensatz zu den Marktprozessen langsam ist, ist er besonders auf Regeln angewiesen, weil sich Märkte nur an diesen orientieren können. Gerade die Verfassungsklage gegen den ESM macht nämlich deutlich, daß Märkte durchaus begreifen, daß Verfassungsgerichte nicht erpreßbar sind – in den Folgewochen des Unterschriftsmoratoriums für den Bundespräsidenten lag die Spekulationsneigung spürbar niedriger, und auch Griechenland, das seit Monaten

Regelwerke sind bedeutsam

auf die Auszahlung einer weiteren Tranche wartet, ist bisher nicht von Spekulanten in die Knie gezwungen worden. Man sieht: Nur durch Bindungen kann echte Freiheit entstehen, weil alles andere schnell in Anarchie mündet. Daher sind Regelwerke bedeutsam, und es war Walter Eucken, der dies erkannte und an seinen konstituierenden Prinzipien einer Marktwirtschaft festhielt. Diesen hauchte Ludwig Erhard später bei der Gründung der jungen Bundesrepublik wirtschaftspolitisches Leben ein, als er die Soziale Marktwirtschaft verwirklichte. Denn ebenso wie es einen politischen Verfassungsgedanken gibt, der das gesellschaftliche Leben im allgemeinen bestimmt, gibt es eben auch eine wirtschaftspolitische Verfaßtheit, die in Deutschland nach den Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs zur sozialen Marktwirtschaft führte, nämlich zum Entwurf einer menschenwürdigen Wirtschaftsordnung.

Erhard hätte auch gewußt, daß Selbstbindung vor allem auch das Parlament angeht, weil es nicht nur die Regeln schafft, sondern diese auch ändern oder aussetzen

Die Matadore der internationalen Finanzspekulation sind noch immer unterwegs: Heimkehr des Glücksritters, Ausschnitt eines Gemäldes (2006; Format: 74 x 98 cm) von Michael Lassel (1948); Atelier Lassel, Fürth (www.lassel-michael.de)

kann. Wenn auf europäischer und nationaler Ebene der demokratische und insbesondere der wirtschaftspolitische Ordnungsrahmen radikal versagt haben, dann besteht nicht nur eine Krise der Legalität, sondern auch eine der Legitimität. Die Verlässlichkeit in das Handeln des Staats ist nicht mehr gegeben, denn vor dem Hintergrund eines *anything goes* ist verantwortungsbewußtes Handeln nicht mehr möglich. Verantwortung und Haftung werden zu leeren Hülsen, womit der Gedanke der Marktwirtschaft, daß Gewinn und Vermögen das Gegenstück zu Risiko und Verantwortung sind, zerstört wird. Wir leben offensichtlich in einer postdemokratischen Zeit, in der alternativlose Regierungspolitik – und es ist das gute Recht der Regierung, keine Alternativen anzubieten – durch die Schwäche des Parlaments hingenommen wird, das keine Debatten im Sinne eines dialektischen Diskurses anstrebt.

Gäbe es solche Vorgänge auf der Ebene der Industrieunternehmen, also ständige Regelverletzungen, dann lägen diese längst auf dem Tisch des *Compliance-Officers*, der tätig werden müßte. Auf politischer und wirtschaftspolitischer Ebene existieren derartige Kontrollmechanismen nicht, wenn das Parlament entweder nicht zuständig ist (wie in vielen Fällen das Europäische Parlament) oder nicht zuständig sein will oder kann (wie der Deutsche Bundestag mangels Information oder wegen oben genannter „Alternativlosigkeit“). Der *Compliance-Officer* sorgt für Gesetzeskonformität und bewahrt damit sein Unternehmen vor wirtschaftlichem Schaden, hilft ihm dabei auch, die Partner im Wertschöpfungsprozeß zu binden, und ist damit eine

7
personifizierte Investition in die Glaubwürdigkeit des Unternehmens. Durch einen „code of conduct“ ist sein Handlungsrahmen abgesteckt. Ziel ist es nicht, Regelverstöße nachträglich zu ahnden, sondern vielmehr die Risiken eines künftigen Geschäfts bereits vorher zu bewerten und Fehler zu verhindern.

Insofern bedeutet **Compliance auf der Ebene der Wirtschaftspolitik**, entsprechende Selbstbindungssysteme aufzubauen. Würde ein Vorstand eines Unternehmens beim Zusammenschluß mit einem anderen Unternehmen ähnlich falsche Zahlen auf den Tisch legen, wie es Griechenland bei der Aufnahme in die europäische Währungsunion getan hat, stünden die Verantwortlichen längst vor Gericht und wären aus dem Amt entfernt worden. Ein Großprojekt wie das der europäischen Währungsunion wäre im Analogfall bei Unternehmen sorgfältig geprüft worden, um Risiken zu begrenzen. Wäre das nicht geschehen, hätte man die handelnden Vorstände mit Sicherheit in Haftung genommen.

Daraus ergibt sich die Frage, wie Haftung und Verantwortung zu organisieren sind. Verantwortung ist zunächst etwas Hochpersönliches, Institutionen können nur schwer etwas verantworten, da sie von Personen oder Personengruppen gelenkt werden. Anders sieht es mit der Haftung aus, die ebenso personell wie institutionell erfolgen kann. Die Möglichkeit, Strukturen als systemisch zu erklären und aus der individuellen Haftung herauszunehmen und diese dem Kollektiv anheimfallen zu lassen, ist inzwischen ein „erfolgreicher Trick“, den europäischen Steuerzahler zu belasten und ein außer Kontrolle geratenes Bankensystem zu entlasten. Warum lassen sich Banken nicht schließen, deren Geschäftsmodell versagt hat? Warum ist es nicht möglich, diese wenigstens von ihren gefährlichen Geschäftsmodellen abzubringen? Gerade erst warnte die *Bank für Inter-*

Das eheme Gesetz der Marktwirtschaft ist Angebot und Nachfrage: Das große Schau-fenster, Gemälde (1912) von August Macke (1887 - 1914); Landesmuseum, Hannover

nationalen Zahlungsausgleich, daß die Krisenbanken nichts lernten. So führt deren Unterstützung dazu, daß gute Banken und Sparkassen unter Druck geraten, weil sie gegen staatlich gestützte Konditionen nicht anverdien können. Dies wiederum bewirkt, daß Unternehmen in Projekte mit zu geringer Rentabilität investieren, was zu massiven Notlagen führt, wenn später der Drogenentzug, nämlich steigende Zinsen, auftritt. Bis das der Fall ist, können diese „untoten“ Unternehmen, die im Innovationswettbewerb längst ausgeschlossen wären, gesunden Unternehmen den Markt zerstören – zum Schluß sind alle Zombies. Dann macht der Staat Konjunkturprogramme, um den Beschäftigungseinbruch zu stoppen – und alimentiert eine falsche Unternehmensstruktur. Alles Utopie? Nein, das ist die gegenwärtige Lage in Japan und in Ansätzen nach der Wende in den neuen Ländern passiert, als bereits privatisierte Mittelständler gegen Treuhandunternehmen, die wegen Verkaufsverhandlungen nicht insolvent gehen durften, konkurrierten. Gerade hier wäre ein *Compliance-Officer* dringend erforderlich, da derartiges wirtschaftspolitisches Fehlverhalten praktisch nirgendwo justitiabel ist.

Ludwig Erhard – großer Fan des 1. FC Nürnberg – würde sicher vor allem darauf dringen, Verantwortung wieder spürbar zu machen und durchzusetzen, indem Spielregeln gesetzt und verbindlich eingehalten werden und der Schiedsrichter – der *Compliance-Officer* – durchgreift, wenn gefoult wird. Es wäre ein Appell zum „Maßhalten“, diesmal aber nicht an die Bürger wegen überzogener Erwartungen an den Staat, sondern an den entgrenzten Staat wegen überzogener Erwartungen an seine Gestaltungskraft. ■